2020.SR.000309

Motion Eva Gammenthaler (AL), Tabea Rai (AL): Für ein Partizipatives Budget (PB) in der Stadt Bern

In der zu Ende gehenden Legislatur hatte sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt, sich am Leitmotiv einer «Stadt der Beteiligung» zu orientieren. In den zehn formulierten Zielen fanden sich gute Ansätze, die jedoch nicht weit·genug gingen. Um in der Stadt Bern mehr Beteiligung zu ermöglichen, müssen konkrete Schritte gemacht werden, die der Bevölkerung mehr Mitbestimmung geben.

Lausanne hat seit 2019 einen Teil des Budgets für die Quartierbevölkerungen reserviert, 2020 waren es 150'000 Franken. In Lausanne wird das «budget participatif» in vier Phasen unterteilt: Eine Eingabephase, eine Beurteilungsphase, eine Abstimmungsphase und eine Umsetzungsphase. Alle Bewohner*innen der Stadt haben die Möglichkeit, ihre Projekte und Initiativen einzugeben. In Zürich startet aktuell ein Pilotprojekt im Stadtteil Wipkingen.

Paris hat seit 2014 5% des Gesamtetats für die Ideen der Bevölkerung reserviert – zwischen 2014 und 2020 ganze 500 Millionen Franken. Das sind bei einer Bevölkerung von 2.3 Millionen Menschen umgerechnet 36 Euro pro Bewohner*in pro Jahr. In Paris wird das Partizipative Budget auf gesamtstädtische Initiativen, die verschiedenen Bezirke, benachteiligte Nachbarschaften und Jugend und Kinder aufgeteilt. Die Gesamtbevölkerung hat die Möglichkeit, ihre favorisierten Projekte mit ihrer Stimme zu unterstützen. Es gibt analoge und digitale Abstimmungsmöglichkeiten.

Es gibt weltweit bereits viele Erfahrungen mit dem Partizipativen Budget. Auch weit grössere Städte als Bern wie Madrid (3 Millionen Einwoher*innen), Sao Bernardo do Campe (Region Sao Paolo, Brasilien, 900' 000 Einwohner*innen), New York (8 Millionen Einwohner*innen) und Chengdu (China, 15 Millionen Einwohner*innen) verfügen über relevante Partizipative Budgets.

Will Bern für die kommenden vier Jahre die Mitbestimmung der Bevölkerung stärken, kann sich die Stadt also sowohl in der Schweiz als auch in unterschiedlichen Weltregionen mit unterschiedlichen politischen und sozioökonomischen Voraussetzungen Inspiration holen.

Der Gemeinderat wird hiermit beauftragt,

1. ab 2025 5%, ab 2022 mindestens 1% des jährlichen Gesamtbudgets für Initiativen aus der Bevölkerung zu reservieren
2. ein Drittel des Partizipativen Budgets für gesamtstädtische Initiativen und Projekte, ein Drittel für Projekte und Initiativen in den Quartieren und Stadtteilen und ein Drittel für Projekte und Initiativen für benachteiligte Quartiere und Kinder und Jugendliche zu reservieren
3. gemeinsam mit der Quartierbevölkerung einen niederschwelligen Ablauf für Projekteingaben und Abstimmungsverfahren zu entwerfen, um die Chancen der Partizipation in allen Bevölkerungsschichten zu erhöhen, sowie Zusammenarbeit und Begegnung zwischen den Beteiligten zu fördern
4. Kriterien festzulegen, die mit sozialer Gerechtigkeit, sozialer Kohäsion, Inklusion, Solidarität, Nachhaltigkeit, Intergenerationalismus und Empowerment vereinbar sind, anhand derer Projekte auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft werden können
5. geeignete Akteure in den Quartieren wie die Quartierkommissionen mit der Verwaltung der jeweiligen Stadtteilpartizipationsbudgets zu betrauen
6. auch bei der Umsetzung eines Anliegens die Bevölkerung zu involvieren, damit die Beteiligung von Anfang bis Ende gewährleistet ist
7. die Stadt Bern lässt sich hierbei von bereits existierenden PB-Modellen wie Lausanne oder Paris inspirieren.

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Felix Graf, Christa Ammann, Tabea Rai und Eva Gammenthaler.

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der Verfasser*innen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die Urheber*innen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Quellen der Inspiration

- Angaben, Zahlen, Prozesse zum «Budget Participatif de Paris (France)»: https://budgetparticipatif.paris.fr/bp/
- Einführung in das Pariser Modell und ein Blick in verschiedene Modelle weltweit: https://budgetparticipatif.paris.fr/bp/plugins/download/YvesCabannes_PB_in_Paris.pdf
- «Budget Participatif» de Lausanne (Suisse) https://www.lausanne.ch/budget-participatif/faq
- Aktuelles Pilotprojekt in Zürich: https://quartieridee.ch/
- Medienmitteilung zum aktuellen Pilotprojekt in Zürich-Wipkingen: https://www.stadt-zu-erich.ch/prd/de/index/ueber_das_departement/medien/medienmitteilungen/2020/september/200921b.html

Bern, 19. Oktober 2020
Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler, Tabea Rai
Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Die Punkte 3 bis 7 der vorliegenden Motion betreffen inhaltlich Bereiche, die in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegen. Es kommt ihnen der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, sind die Punkte 3 bis 7 für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidverantwortung bleibt bei ihm. Die Punkte 1 und 2 haben hingegen Motionscharakter, weil sie die Schaffung eines Partizipativen Budgets verlangen und die Verwendung der Mittel festlegen.

Die von den Motionär*innen erwähnten Modelle der partizipativen «Budgetierung» der Städte Paris und Lausanne zeichnen sich vor allem durch web-unterstütze Prozesse sowie ebensolche Informations- und Kommunikationsplattformen aus. Bei den von Bürgerinnen und Bürgern eingereichten Projekten wird dabei ein grosses thematisches Spektrum abgedeckt. Der Fokus liegt auf quartierbezogenen Projekteingaben. Ein Vergleich der Höhe der dafür eingesetzten finanziellen Mittel zwischen Paris und Bern ist allein aufgrund der Grösse und der unterschiedlichen politischen Systeme kaum zulässig.

Den Vergleich mit der Stadt Lausanne braucht die Stadt Bern nicht zu scheuen. Die Bevölkerung der Stadt Bern hat zahlreiche Möglichkeiten bei der Entwicklung der Stadt mitzuwirken (Kinder- und Jugendmitwirkung, Elternräte, Rat für Seniorinnen und Senioren, Partizipationsmotion, Quartierorganisationen, Wohnumfeldverbesserung u.v.m.). Der Gemeinderat hat seine Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 unter das Motto «Stadt der Beteiligung» gestellt und sich zum Ziel gesetzt, geeignete Gefässe und Plattformen für Menschen anzubieten, die sich politisch, beruflich oder gesellschaftlich engagieren wollen. Im Rahmen von Smart City Bern wurde das Pilotprojekt «Bärn-Boost» vorangetrieben, und es konnten gemeinsam mit den Quartieren erste Ergebnisse in Form eines Konzepts und einer Beta-Version der geplanten Ideen- und Beteiligungsplattform erarbeitet werden. Dieses Pilotprojekt wird in den kommenden Jahren weiterentwickelt und umgesetzt. Im Rahmen der Digitaltage 2020 wurden drei Awards für Digitalvorschläge zur Verbesserung der Le-

bensqualität vergeben, so ein Award für die Idee einer digitalen Plattform «Platz da», welche es Bernerinnen und Bernern künftig ermöglichen soll, innerstädtische Flächen wie Parkplätze temporär zu nutzen und damit zur Aufwertung des öffentlichen Raums beizutragen. Zudem enthalten auch die Budgets vieler Dienststellen finanzielle Mittel, welche gezielt für stadtteil- und quartierbezogene Projekte eingesetzt werden. Bei deren Umsetzung werden der interessierten Bevölkerung angemessene Partizipationsmöglichkeiten angeboten.

Eine Stärkung der stadtweiten Partizipationsmöglichkeiten ist für den Gemeinderat eng mit der Stärkung der Stadtteile und Quartiere verbunden. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort vom 10. März 2021 auf die Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO (Seraphine Iseli, GB/Timur Akçasayar, SP): Politische Mitwirkung der Stadtteile – das aktuelle Berner Modell der Quartierpartizipation jetzt den künftigen Anforderungen anpassen (noch nicht im Stadtrat behandelt) ausführt, wurde in der Konsultation zur Machbarkeitsstudie Kooperation Bern deutlich, dass der Bevölkerung eine gewisse Selbstständigkeit der neuen Stadtteile wichtig ist und dass ein zentrales Instrument zur Förderung dieser Selbständigkeit die Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung im eigenen Stadtteil ist (Konsultationsbericht; Zusammenfassung der Konsultationsergebnisse für Bern und Ostermundigen, S.9). Der Gemeinderat wird den Themen Partizipation und politische Teilhabe der Stadtteile, inkl. Zusammensetzung und Zuständigkeiten der Quartierorganisationen, weiterhin grosse Aufmerksamkeit schenken. Er will deshalb das bestehende Partizipationsmodell auf Verbesserungspotenzial hin überprüfen und auch neue Modelle in Betracht ziehen. Selbstredend kann dies nicht losgelöst von den finanziellen Folgen geschehen.

Für den Gemeinderat sprechen finanzielle Überlegungen gegen die mit der Motion geforderten starren Vorgaben für ein Partizipatives Budget. Müssten die von den Motionär*innen geforderten Mittel für Initiativen aus der Bevölkerung reserviert werden, hätte dies für das Jahr 2022 eine stadtinterne Umverteilung (zusätzliche Mittel stehen dafür nicht zur Verfügung) von rund 8,9 Mio. Franken zur Folge (62 Franken pro Einwohner*in). Ab dem Jahr 2025 wären es bereits 44,3 Mio. Franken (310 Franken pro Einwohner*in). Für die Berechnung dieser Beträge wurde der Gesamtaufwand des Budgets 2021 des Allgemeinen Haushalts um die internen Verrechnungen, die durchlaufenden Beiträge und die Zahlungen in den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) reduziert. Die Berechnung pro Einwohner*in erfolgte aufgrund des Monatsberichts Dezember 2020 der Statistikdienste der Stadt Bern (143 000 Einwohner*innen). Für die Finanzierung eines Partizipativen Budgets würde ein weiteres Entlastungspaket nötig. Nach dem soeben durch den Gemeinderat verabschiedeten Finanzierungs- und Investitionsprogramm (FIT) ist dies nicht ohne schmerzhafte Einsparungen in anderen Bereichen verbunden mit Entlassungen von Mitarbeitenden möglich. Bereits FIT führt zu Leistungseinschränkungen und Stellenabbau.

Aus diesen Gründen lehnt der Gemeinderat die Motion in den Punkten 1 und 2 ab. Er ist aber bereit, die Idee eines Partizipativen Budgets im Sinne der Punkte 3 bis 7 der vorliegenden Motion als Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.; er ist jedoch bereit, Punkt 3, 4, 5, 6 und 7 als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 7. April 2021

Der Gemeinderat